

Antrag an den Landesparteitag der SPD Brandenburg am 17. November 2018

Antragsteller: Landesvorstand AG 60plus

Altenpflege

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD begrüßt die „Empfehlung für die Altenpflege“ der Pflegekommission des SPD Landesvorstandes vom 18.09.2018. Er hält jedoch folgende weitergehende sozialpolitische Maßnahmen für erforderlich, um einem drohenden Pflegekollaps entgegen zu wirken:

1. Einsatz der SPD-Politiker bei den Tarifparteien für einen flächendeckenden Tarifvertrag, um Fachkräfte in der Pflege abzusichern.
2. Aufforderung an die SPD-Landtagsfraktion, sich gegenüber der Landesregierung dafür stark zu machen, dass sie für die Erarbeitung einer Ausbildungs- und Prüfverordnung sowie eine Finanzierungsgrundlage für die Pflegeausbildung auf Bundesebene eintritt. Die Ausbildungsumlage zu Lasten der zu pflegenden Menschen ist unverzüglich abzuschaffen.
3. Sicherstellen, dass Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen und ihre Familien nicht durch finanzielle Mehrbelastungen in Notlagen geraten.
4. Altenpflege darf nicht durch Investoren und große Konzerne zum Schlachtfeld um Renditen gemacht werden. Es steht nicht im Einklang mit guter Pflege in Brandenburg, den betriebswirtschaftlichen Nutzen in der Altenpflege zu maximieren.
5. Durch den Einstieg in eine solidarische Pflegevollversicherung aller Bürger bis z.B 2030 zukünftig Deckungslücken grundsätzlich vermeiden.
6. Ausbau und Stärkung der ambulanten Pflege insbesondere in ländlichen Gebieten. Hierzu ist die finanzielle und sowie personelle Ausstattung umgehend aufzustocken.

Begründung:

Die „Empfehlung für die Altenpflege“ der Pflegekommission des SPD Landesverbandes vom 18.09.2018 ist ein guter erster Schritt, aber nicht ausreichend, um die auf die Pflege im Land Brandenburg in den nächsten Jahren zukommenden Herausforderungen zu meistern. Vor allem gilt es, den Pflegeberuf durch eine angemessene Bezahlung und planbare ausreichende Freizeit attraktiver zu gestalten. Außerdem müssen zweistellige Renditen großer Pflegekonzerne zu Lasten der Gepflegten als unsozial gebrandmarkt werden.

Antragsteller: Landesvorstand AG 60plus

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Die SPD setzt sich für die Verbesserung der medizinischen Versorgung im Land Brandenburg insbesondere im ländlichen Raum ein.

Durch eine höhere Verantwortung für die Infrastruktur und das Angebot sowie durch eine verbindliche Einflussnahme der Kommunen auf Entscheidungen der kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg soll dort, wo die beste Kenntnis über Bedarf und Ressourcen vorhanden sind, die medizinische, gesundheitliche und präventive Versorgung entscheidend voran gebracht werden.

Dazu gehören weiter:

- Einflussnahme der Kommunen auf Planung und Steuerung beim Ausbau der medizinischen Versorgungszentren
- Verbesserung der fachärztlichen Versorgung in den ländlichen Gebieten
- Ausbau von geriatrischen, gerontopsychiatrischen und neurologischen Zentren
- Verbesserung der notärztlichen Versorgung
- Stärkung der ambulanten und stationären Palliativversorgung
- Einbindung der ambulanten Pflegedienste in die Gesundheitsversorgung.

Der Einfluss der kassenärztlichen Vereinigung Brandenburgs muss im Sinne ihrer Versorgungspflicht auf ein überschaubares und der ärztlichen Selbstverwaltung dienendes Maß zurückgeschraubt werden.

Land und Bund sind für den finanziellen Ausgleich der von den Kommunen im Rahmen ihrer lokalen Daseinsfürsorge zu erbringenden Mehrleistungen die Pflicht zu nehmen.

#### Begründung:

Seit langem steht die ärztliche und fachärztliche Versorgung im Land Brandenburg in der Kritik der betroffenen Menschen. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Die bisher getroffenen Maßnahmen haben noch keine für die Betroffenen durchgreifende Wirkung erzielt. Erhebungen des RBB sowie andere Untersuchungen verdeutlichen die Sorge der Menschen. Die Gesundheitsversorgung muss dort organisiert und weiterentwickelt werden, wo sie den betroffenen Menschen nahe über die beste Kenntnis des Bedarfs und der Ressourcen verfügt. Es geht um die regionale und lokale Daseinsfürsorge, die bei einer immer älter werdenden Gesellschaft auf einen sinnvollen Betreuungsmix umgestellt werden muss.

Antragsteller: Landesvorstand AG 60plus, Landesvorstand AG Selbst Aktiv

Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Die SPD Brandenburg strebt gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land Brandenburg an. Angesichts des in vielen Lebensbereichen offensichtlichen Stadt-Land-Gefälles hält sie für erforderlich:

- eine gezielte Förderung des ländlichen und Berlin-fernen Raumes um Nachteile gegenüber städtischen und Berlin- und Potsdam-nahen Gebieten auszugleichen
- die weitere Verbesserung des ÖPNV auch über Landkreisgrenzen hinweg. PlusBus ist ein Erfolg versprechender aber noch nicht ausreichender Baustein. Der landesweite Zugang zu Rufbussen ist anzustreben. Sie müssen landesweit telefonisch, per Mail oder APP angefordert werden können
- eine flächendeckende adäquate Gesundheitsversorgung, barrierefrei und auf hohem Niveau ist sicherzustellen. Mobile Facharztpraxen sind zu ermöglichen und dort, wo der Bedarf besteht, konsequent einzusetzen,

- das erfolgreiche FAPIQ-Angebot (Fachstellen Altern und Pflege im Quartier) ist über die bisher erfolgreichen fünf (in Potsdam, Eberswalde, Neuruppin, Luckenwalde und Lübben) auf weitere Standorte landesweit auszubauen,
- die mobilen Dienstleistungen von Verwaltung, Sparkasse, Post, Bücherei und Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sind auszubauen. Die Mehrheit älterer Menschen zieht den persönlichen Kontakt dem anonymen Bestellen im Internet vor.
- Einrichtung eines Kümmerers oder Lotsen in der Gemeinde, der den Menschen vor Ort Unterstützung, Rat und Hilfe vermittelt und ihnen alltäglich zur Seite steht, mit Wohlfahrtsverbänden und örtlichen Vereinen Gemeinschaftserlebnisse vermittelt, um dem Gefühl des Abgehängtseins und dem Abdriften in die Einsamkeit entgegen zu wirken.

Begründung:

Das offensichtliche Stadt-Land-Gefälle in vielen Lebensbereichen muss verringert werden. Es ist Vorgabe des Grundgesetzes, überall annähernd gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Dies ist in einem Flächenland wie Brandenburg ganz besonders wichtig.

Mobilität muss gewährleistet sein. Rufbusse sollten landesweit angefordert werden können. Vom Bund geförderte Modellversuche wie z.B. im Harzvorland könnten als Blaupause dienen. In den strukturschwachen Regionen verschwinden immer mehr alteingesessene Institutionen und Angebote der Geselligkeit. Wenn wir verhindern wollen, dass sich diese Räume vollends entvölkern, muss etwas getan werden, damit den Menschen das Leben dort erleichtert und Zukunfts- und Abstiegsängsten entgegnet wird.

Antragsteller: Landesvorstand AG 60plus

Brandenburger Zukunftsrat

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Die SPD setzt sich für die Schaffung eines Zukunftsrats in Brandenburg ein. Dieser soll die Landesregierung bei den komplexen Herausforderungen der Zukunft beraten.

Begründung:

Die Politik sieht sich zunehmend bei Entscheidungen konfrontiert mit den komplexen Herausforderungen zukünftiger Entwicklungen zu Klimawandel, Energieproduktion und -nutzung, Informationsinfrastruktur, Künstlicher Intelligenz sowie nachhaltiger regionaler Entwicklung von Lebensqualität, Mobilität und Wirtschaft. Dazu kann ein Zukunftsrat die Landesregierung bei Entscheidungsfindungen beraten, helfen Zielkonflikte zu lösen oder auch zur Versachlichung der Kommunikation zwischen Politik und Bürgern beitragen. Ein solcher Zukunftsrat kann sich auf die in Brandenburg vorhandene exzellente wissenschaftliche Expertise vieler Einrichtungen stützen. Mit der 2014 verabschiedeten Landesnachhaltigkeitsstrategie und seiner darauf folgenden Umsetzung ist eine gute Grundlage für die Arbeit des Zukunftsrats gegeben.

Antragsteller: AG Selbst Aktiv, AG 60plus

## Barrierefreier ÖPNV in Brandenburg

Der Landesparteitag der SPD Brandenburg möge beschließen:

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die Landesregierung Brandenburg im Zusammenwirken mit den Kommunen die Weiterentwicklung der Barrierefreiheit im Brandenburger ÖPNV zügig vorantreibt. Dazu zählen die Anforderungen an Busse und Bahnen, ein einheitlicher, barrierefreier Ein- und Ausstieg an Bahnsteigen, Bushaltestellen und Straßenbahnhaltestellen, sowie die Fahrgastinformationen und Fahrgastkommunikation.

### Begründung:

Menschen mit Behinderung sollen wie andere Nutzer auch die notwendigen Informationen an den Service-Schaltern, in den Fahrzeugen des ÖPNV bzw. an den Bahnhöfen und Haltestellen möglichst problemlos erhalten können. Sehbehinderte sowie blinde und hörbehinderte (gehörlose, ertaubte und schwerhörige) Fahrgäste stellen dabei unterschiedliche Anforderungen an eine gelungene Fahrgastkommunikation. An allen Bahnsteigen und – höfen sind akustische und optische Signalsysteme bereitzustellen. Bahnhöfe müssen darüber hinaus über ein Leit- und Informationssystem verfügen. Außerdem sind ertastbare Blindenleitsysteme an Bahnsteigen und Haltestellen notwendig. Auch innerhalb der Busse und Bahnen müssen Fahrgastinformationen durch akustische und optische Signale für Menschen mit Behinderung verfügbar gemacht werden. Die Informationen sollen dabei leicht erkennbar und verständlich sein.

Die Verkaufs- und Servicräume im Tarifsystem des Verkehrsverbundes Berlin Brandenburg sind auf ihre Barrierefreiheit zu überprüfen, insbesondere an Schaltern kann mehr Barrierefreiheit erreicht werden. Das Personal der Verkehrsunternehmen ist im Umgang mit Menschen mit Behinderung zu schulen. An den Bahnhöfen ist die Anzahl barrierefreier Toiletten auszuweiten. Busse und Bahnen müssen endlich barrierefrei zugänglich sein.

Antragsteller: AG Selbst Aktiv, AG 60plus

## Rücksichtnahme-Kampagne

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen eine Rücksichtnahme-Kampagne durchzuführen, die ein stärkeres Bewusstsein für die Einschränkungen bei der Nutzung des ÖPNV durch sensorisch und mobilitätseingeschränkte Menschen fördert und die Hilfsbereitschaft anregt. Schwerpunktmäßig soll rücksichtsvolles Verhalten in den Mehrzweckbereichen und beim Ein- und Ausstieg gefördert werden.

### Begründung:

In unserer schnelllebigen Zeit, sind viele Menschen darauf orientiert, wie sie von einem Termin schnell und komplikationslos zum nächsten kommen. Oft mit dem Handy am Ohr oder in der Hand. Dabei wird der Blick für das Umfeld massiv eingeengt. Hilfebedürftige schlicht übersehen. Mit einer Rücksichtnahme- und Achtsamkeits-Kampagne, werden Bürgerinnen und Bürger für ihr Umfeld und somit auch für Probleme sensorisch und mobilitätseingeschränkte Menschen sensibilisiert. Dies soll ein rücksichtsvolleres Verhalten fördern und die Hilfsbereitschaft anregen.

Antragsteller: AG Selbst Aktiv, AG 60plus

Vertretung der Menschen mit Behinderungen im Rundfunkrat des RBB

Der Landesparteitag der SPD Brandenburg möge beschließen:

Die SPD-geführte Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion setzen sich dafür ein, dass ein Vertreter / eine Vertreterin der Gruppe „Menschen mit Behinderung“ als ständiger Repräsentant / ständige Repräsentantin aus dem Land Brandenburg im Rundfunkrat des RBB vertreten ist.

Begründung:

Der Rundfunkrat ist das wichtigste Kontrollorgan einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt. Die Mitglieder des Rundfunkrates setzen sich aus Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlich relevanter Gruppen zusammen. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben haben sie Interessen der Allgemeinheit und das öffentliche Leben der Länder Berlin und Brandenburg zu vertreten. Aber bisher gibt es keinen Vertreter / keine Vertreterin von Menschen mit Behinderung im Rundfunkrat. Ein Sitz der Menschen mit Behinderungen in diesem Gremium ist für uns ein wichtiges Mittel zur Bewusstseinsbildung der UN-Behindertenrechtskonvention und hat durch das Bundesteilhabegesetz noch weitere Dringlichkeit bekommen.

Mit Beschluss vom 20. November 2013 (DS 5/8222-B) hat der Landtag die Landesregierung bereits beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen der nächsten Novellierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg bei der Besetzung des Rundfunkrates ein Sitz für einen Vertreter / eine Vertreterin von Menschen mit Behinderung eingeräumt wird. Wir bitten diesen Beschluss in der aktuellen Legislaturperiode noch einmal aufzurufen und sich dafür einzusetzen, dass Menschen mit Behinderungen endlich einen entsprechenden Sitz bekommen, wie er in anderen Bundesländern und Rundfunkräten bereits üblich ist.

Der Landesbehindertenbeirat (LBB) hat das Vorschlagsrecht.